

Beschlußantrag des FPÖ-Landtagsabgeordneten Ing. Herbert Rudolph, Günther Barnet und Barbara Sch fnagel betreffend   3 Abs 2 eingebracht bei der Landtagssitzung am 26.09.2003 zu Post Nr. a

Gem    3 Abs 1 des neuen Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz ist die Gemeinde verpflichtet, die erforderlichen Nachrichtenmittel, Fahrzeuge, Geräte, Werkzeuge, Ausrüstungsgegenstände und sonstigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Wie die Groschadensereignisse der letzten Jahrzehnte gezeigt haben, ist es bei solchen aber nicht nur notwendig, die entsprechenden Organisationen und Ausrüstungen zur Verfügung zu haben, sondern es ist auch ein hoher Bedarf an Hilfskräften notwendig.

Hiezu wäre das Zivildienstgesetz eine ausreichende Rechtsgrundlage dafür bitten, um eine entsprechende Anzahl an Zivildienern für Zwecke der Katastrophenhilfe und Abwehr präventiv jedes Jahr zu beantragen. Dies geschieht aber nicht in ausreichendem Masse, weshalb einerseits tausende Zivildienner jedes Jahr auf die Zuweisung von Zivildienstpl tzen warten müssen und andererseits daher dann immer wieder andere Kräfte, insbesondere des Bundes, aushelfen müssen, damit die Länder ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag nachkommen können.

Ein entsprechender Entschließungsantrag der Nationalrates wurde daher vom Innenminister an die Landeshauptleute herangetragen, die sich aber offensichtlich aus Kostengründen weigern, zusätzliche Zivildienner in Katastrophenhilfsorganisationen der Länder heranzuziehen.

Es wäre daher im Hinblick auf den Zweck des obigen Gesetzes sinnvoll, dass die Gemeinde nicht nur die entsprechenden Berufsorganisationen ausrüstet und entsprechend besetzt, sondern auch für eine ausreichende Zuweisung von Zivildienern im Wege der jährlichen Beantragung zu sorgen.

Der gefertigte Landtagsabgeordnete stellt daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gem    27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Der Landeshauptmann und die zuständigen Stadträte werden ersucht, durch die Beantragung zusätzlicher Zivildienner beim Bundesministerium für Inneres dafür zu sorgen, dass bei Großschadensereignissen eine ausreichende Anzahl zur Bewältigung der dem Land gem    Bundesverfassung zugeschriebenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an die amtsf hrende Stadträtin für "Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal" beantragt.

Handwritten signatures: Rudolph, Barnet, Sch fnagel, and others.

Administrative stamp: ARBELEHNT, 26.9.2003, RG 404066/2003/0001-KFP/LAT, Geschäftsstelle Wien, 6. Länderrat.